

Nichts zu verlieren.

Eine Welt zu gewinnen.

DIE LINKE.

14. Landesparteitag

4. Tagung

8. Dezember 2018, Radebeul

Arbeitsheft 2

R. Regularien

B. Berichte

C. Sachanträge

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

R. Regularien

R.2.NEU	Vorläufiger Zeitplan	4
---------	----------------------	---

B. Berichte

B.2.	Bericht des Landesrates	6
B.3.	Protokoll zur Sitzung der ARK am 1. Nov. 2018 zur Auswahl von Thesen zur Abstimmung in der Mitgliederbefragung zur Landtagswahl 2019	7

C. Sachanträge

Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! -
Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

ÄC.1.1.	10
ÄC.1.2.	11
ÄC.1.3.	12
ÄC.1.4.	13
ÄC.1.5.	14
ÄC.1.6.	15
ÄC.1.7.	16
ÄC.1.8.	17
ÄC.1.9.	18
ÄC.1.10.	19
ÄC.1.11.	20
ÄC.1.12.	21
Solidarität. Hier, in Europa!	
ÄC.2.1.	22
ÄC.2.2.	23
ÄC.2.3.	24
Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen	
ÄC.3.1.	25
ÄC.3.2.	26
ÄC.3.3.	27
ÄC.3.4.	28
ÄC.3.5.	29
ÄC.3.6.	30
ÄC.3.7.	31
ÄC.3.8.	32
ÄC.3.9.	33
ÄC.3.10.	34
ÄC.3.11.	35

F. Parteiinterna

Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019
als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren

ÄF.1.1.	Eigenständige Offenlegung aller Nebeneinkünfte	36
ÄF.1.2.	Transparenz über alle Spenden	38
ÄF.1.3.	Transparenz über alle Spenden	39
ÄF.1.4.	Führung eines öffentlichen Lobbyist_innenkalenders	41

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****R. Regularien an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****R.2.NEU Vorläufiger Zeitplan**

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge den folgenden Zeitplan beschließen:

10:00 – 10:10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages durch ein Neumitglied
10:10 – 10:50 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung über das Tagungspräsidium • Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission • Abstimmung über die Wahlkommission und der/des Vorsitzenden der Wahlkommission • Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission • Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan • Beschluss über die Geschäftsordnung
10:50 – 11:20 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung Sachanträge Europa und Kommunales
11:20 – 11:30 Uhr	Bericht der Wahlkommission zum Mitgliederentscheid
11:30 – 12:00 Uhr	Rede des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2019
12:00 – 12:40 Uhr	Mittagspause
12:40 – 12:50 Uhr	Bericht der Antrags- und Redaktionskommission zur Mitgliederbefragung
12:50 – 13:45 Uhr	Diskussion und Beschluss des Antrages „Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019“ Einbringung: Landesvorsitzende Antje Feiks (15 min)
13:45 – 14:30 Uhr	Behandlung Wohnungspolitisches Konzept und weiterer Anträge, Berichte, ggf. Nachwahlen zu Gremien der Landespartei
14:30 Uhr	Schlussworte

Alternativplanung*

10:00 – 10:10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages durch ein Neumitglied
10:10 – 10:40 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung über das Tagungspräsidium • Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission • Abstimmung über die Wahlkommission und der/des Vorsitzenden der Wahlkommission

- Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission
- Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan
- Beschluss über die Geschäftsordnung

10:40 – 11:10 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung Sachanträge Europa und Kommunales
11:10 – 11:20 Uhr	Bericht der Wahlkommission zum Mitgliederentscheid
11:20 – 12:00 Uhr	Vorstellung des / der BewerberInnen für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2019 und Nominierung der/des SpitzenkandidatIn Vorstellungszeit: 10 Minuten
12:00 – 12:40 Uhr	Mittagspause
12:40 – 12:50 Uhr	Bericht der Antrags- und Redaktionskommission zur Mitgliederbefragung
12:50 – 13:45 Uhr	Diskussion und Beschluss des Antrages „Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019“ Einbringung: Landesvorsitzende Antje Feiks (15 min)
13:45 – 14:30 Uhr	Behandlung weiterer Anträge, Berichte, ggf. Nachwahlen zu Gremien der Landespartei
14:30 Uhr	Schlussworte

* Die Alternativplanung ist nur dann relevant, sollte der Bewerber für die Spitzenkandidatur die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Mitgliederentscheid verfehlen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

B. Berichte

B.2. Bericht des Landesrates an die 4. Tagung des 14. LPT

Einreicher*in: Landesrat

Der Landesrat führte seit der 3. Tagung des 14. Landesparteitages 2 Beratungen durch.

Kritisch hervorzuheben ist die nach wie vor unzureichende Beteiligung der gewählten Mitglieder des Landesrates. Die aktive Arbeit beschränkt sich auf wenige Genoss*innen, die allerdings eine wertvolle inhaltliche Arbeit leisten.

In den beiden Beratungen wurden folgenden Schwerpunkte und Fragen kritisch diskutiert:

- Die Mitgliederbefragung;
- #Aufstehen ;
- Finanzfragen und Finanzstrategie der Landespartei
- Das Wahlverfahren der Landespartei

Für die kommende Legislaturperiode wurden:

- Klärung der Protokollierung der künftigen Sitzungen des Landesrates in der ersten Januarsitzung
- das verschobene Thema Geschlechtergerechtigkeit
- Klärung der Anforderungen an einen Lobbykalender der Landtagsabgeordneten (Transparenz)

bereits im Landesrat vereinbart.

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

B. Berichte

B.3. Protokoll zur Sitzung der ARK am 1. November 2018 zur Auswahl von Thesen zur Abstimmung in der Mitgliederbefragung zur Landtagswahl 2019

Einreicher*in: Antrags- & Redaktionskommission

1. Verständigung zur Arbeitsweise

Unter den Anwesenden herrscht Konsens, dass die Ordnung zur Durchführung von Mitgliederentscheid und -befragung zur Landtagswahl 2019 die Antrags- und Redaktionskommission vor eine besonders wichtige und herausfordernde Aufgabe stellt: Aus den zahlreichen eingegangenen Thesen zur Mitgliederbefragung sind durch die ARK die 15 Thesen auszuwählen, die in der Mitgliederbefragung zur Abstimmung gestellt werden. Dass diese Aufgabe der ARK zukommt, liegt nicht zuletzt daran, dass in einem basisgetragenen Prozess kein politisches Gremium am Ende die Entscheidung treffen soll, welche 15 Thesen zur Auswahl gestellt werden. Gleichwohl ergibt sich daraus das besondere Problem, dass die ARK keinesfalls nach inhaltlichen Erwägungen die Auswahl treffen kann. Der Eindruck der Politisierung der ARK in diesem Verfahren ist unbedingt und zwingend zu vermeiden, um die Unabhängigkeit der ARK in der Verantwortung dieses Verfahrens zu bewahren.

Einvernehmlich werden die formalen Kriterien festgestellt, Für die Thesen, die zur Abstimmung gestellt werden können, gibt es formale Voraussetzungen: Sie dürfen nicht länger als 150 Zeichen sein, ihre Begründung nicht länger als 500 Zeichen. Ebenso dürfen Für- und Gegenreden zu den Thesen nicht länger als 500 Zeichen sein. Die ARK soll dabei die Auswahl nach grundsätzlicher und landesweiter (auch: landespolitischer) Relevanz der Thesen treffen.

Während der Erarbeitung der Thesen wurden diese thematisch geclustert. Insgesamt wurden 23 Einzelthemen festgehalten. Thesen, welche weiterentwickelt wurden, wurden der laufenden Nummer der Ausgangsthese zugeordnet. Neue Thesen haben stets eine eigene laufende Nummer erhalten. Die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Thesen auf Regionalkonferenzen wurden durch die betreuenden MitarbeiterInnen dokumentiert. Alle Dokumente aus dem Prozess wurden entsprechend aufgehoben und standen der ARK zur Einsichtnahme bereit. Auf dieser Basis wurde sich verständigt, in insgesamt neun Clustern maximal jeweils zwei Thesen auszuwählen und zusammenzufassen, welche im Plenum behandelt werden sollten.

Eine Auswahl an Pro- und Contra-Argumentationen sollte nur dann stattfinden, wenn diese vorliegen. Eine redaktionelle Ergänzung kam deshalb nicht in Frage, weil die Erarbeitung eine inhaltliche Arbeit darstellte, welche den Arbeitsauftrag der ARK überschreitet.

2. Festlegung der Cluster

Zunächst fand eine gemeinsame Verständigung über die neun Cluster statt. Abgestimmt wurde die Clusterung durch Zusammenfassung folgender Themenbereiche:

1. *Familie & Jugend*
2. *Frieden / EU / Humanität / Demokratie / Antifa*
3. *Integration / Minderheiten / Teilhabe / Fem / Queer*
4. *Kommunen / Strukturentwicklung / Wohnen*
5. *Rente / Drogen / Gesundheit*
6. *Bildung / Kultur*
7. *Verkehr / Ökologie*

8. *Sicherheit / Sonstiges*
9. *Soziales / Wirtschaft / Arbeit / Digitalisierung*

Danach fand eine Bereinigung der Cluster statt. Einzelne Thesen, die einem Cluster zugeordnet wurden und nach Ansicht der ARK in ein anderes Cluster gehörten, wurden, wo möglich, im Konsensprinzip umgesetzt bzw. deren Umsetzung per Mehrheitsbeschluss herbeigeführt. Auf Basis der bereinigten Cluster fand die weitere redaktionelle Arbeit statt.

3. Erarbeitungsphase

Per Losentscheid wurden drei Arbeitsgruppen mit jeweils drei bzw. in einem Falle vier Mitgliedern gebildet, die jeweils drei Cluster bearbeiten und bis zu zwei Thesen auswählen sollten. Zunächst wurden in den Clustern alle Thesen herausgenommen, bei der keine grundsätzliche oder landesweite Bedeutung erkannt werden konnte. Auf der Basis der verbleibenden Thesen wurden thematische Kreise gebildet und Thesen redaktionell zusammengefasst. Daraus resultierten folgende 18 Thesen:

1. Wir setzen uns für einen barrierefreien, flächendeckenden, bedarfsgerechten und kostenfreien ÖPNV für ganz Sachsen ein.
2. Wir wollen den Klimawandel stoppen! Für eine ökologische und nachhaltige Politik.
3. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt – Sicherheitspolitik von links gedacht
4. Wir kämpfen konsequent gegen Altersarmut!
5. Wir setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Betreuung von Pflegebedürftigen und eine flächendeckende Ärzteversorgung auf allen Ebenen ein.
6. Wir wollen eine inklusive Bildung ohne soziale, finanzielle, räumliche und bauliche Barrieren – Wer sich bilden will, muss dies ermöglicht bekommen.
7. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt sowie das gesellschaftliche Leben. Wir lassen die Menschen damit nicht allein!
8. Wir unterstützen zentrale Forderungen der Gewerkschaften.
9. Wir haben mehr Mut zur Kommune: Kommunale Selbstverwaltung stärken, Daseinsvorsorge in öffentliche Hand!
10. Wir gestalten Stadt für alle statt für Profite: Wohnen muss überall bezahlbar bleiben!
11. Sachsen soll ein laizistischer Freistaat sein, in dem Religion und deren spezifische Institutionen strikt vom Staat getrennt sind.
12. Wir stehen dafür, das Billiglohnland Sachsen zu überwinden. Wir fordern einen höheren Mindestlohn und bessere Tarifverträge.
13. Wir stehen für die Demokratisierung Sachsen. Wir setzen uns ein für stärkere Mitbestimmung der BürgerInnen.
14. Wir setzen uns ein für ein familien- und jugendfreundliches Sachsen!
15. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte, gleichen Lohn und gleiche Mitbestimmung für alle Menschen!
16. Wir wollen konsequente Barrierefreiheit in allen Bereichen!
17. Wir stehen für einen konsequenten Kampf gegen menschenverachtende Ideologien, für ein weltoffenes und humanitäres Sachsen.
18. Wir fordern für Arbeitslose eine sanktionsfreie und armutsfeste Mindestsicherung. Wir starten ein Modellprojekt solidarisches Grundeinkommen.

4. Thesenauswahl

Aus den nunmehr vorliegenden 18 Thesen waren 15 Thesen auszuwählen. Die ARK hat dabei ein Negativverfahren mit Punktesystem angewandt. Zunächst konnten alle Mitglieder in stiller Diskussion bis zu drei Thesen abwählen, bei denen sie grundsätzliche und landesweite (hier landespolitische) Bedeutung verneinten. Dabei wurde These 8 und These 11 mehrheitlich abgewählt. Zwischen These 4 und 18 bestand dabei Stimmgleichheit. Ausschlaggebend war die landespolitische Beeinflussbarkeit dieser

Forderungen. Diese wurde bei These 4 mehr gesehen als bei These 18, weshalb mehrheitlich für den Verbleib dieser These gestimmt wurde.

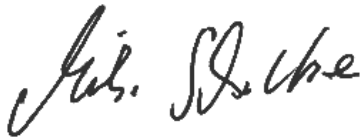
5. Bereinigung und Schlussabstimmung

Zuletzt wurden letzte redaktionelle Änderungen an den nunmehr verbleibenden Thesen vorgenommen, Rechtschreibung und Grammatik korrigiert. Die Schlussabstimmung fand nach dem Konsensprinzip statt. Damit wurden die 15 Thesen mit Begründung für die Mitgliederbefragung festgestellt. Eine zusätzliche Bestimmung von Pro- und Contra-Argumentationen entfiel durch die Zusammenfassung von Thesen aus den Regionalkonferenzen.

6. Schlussbemerkung

Mit dem Durchführungsbeschluss für Mitgliederentscheid und -befragung hat der Landesparteitag die Basis insgesamt, wie auch die ARK vor eine herausfordernde Aufgabe gestellt. Die ARK war dabei bemüht, ihre Rolle als Kommission, welche politisch unabhängig nach formalen Kriterien auswählt, zu wahren. Dies ist gelungen. Eine inhaltliche Arbeit fand in der ARK nicht statt, vielmehr beschränkte sich die ARK auf redaktionelle Tätigkeiten im Auswahlprozess. Zu danken ist den MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle für die Durchführung und Dokumentation der Regionalkonferenzen und des Erarbeitungsprozesses. Dies ermöglichte in einer insgesamt sechsstündigen Arbeit der ARK eine stringente und zielorientierte Arbeit. Die nunmehr vorliegenden Thesen entsprechen – wenn man die Diskussionsprozesse der acht durchgeführten Regionalkonferenzen zu Grunde legt – dem breiten Diskussionsstand der Basis. Wir wünschen den Mitgliedern bei der nun folgenden Priorisierung der Thesen ein glückliches und weises Händchen.

f.d.R.



Mirko Schultze

Vorsitzender der Antrags- und Redaktionskommission

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.1. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Marianne Küng-Vildebrand, Dorit Hollasky, Thomas Michaelis, Uwe Kluge, Torsten Steidten, Susanne Schaper

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

In Zeile 66:

streiche: „... SeniorenInnen und Pflegeheimen..“

und ersetze durch „ **Einrichtungen der stationären Pflege.**“

Begründung:

Diese Formulierung ist weitreichender als die vorhergehende Formulierung. Sie beinhaltet neben der Altenpflege die Berücksichtigung der Pflege auch der Menschen, welche aufgrund ihres Alters und ihres gesundheitlichen Handicapest in diesen Einrichtungen nicht berücksichtigt werden.

z. Bsp.: Junge Menschen nach Schädigung der Gehirnfunktion .

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.2. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Marianne Küng-Vildebrand, Dorit Hollasky, Thomas Michaelis, Uwe Kluge, Torsten Steidten, Susanne Schaper

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

In Zeile 66:

ergänze nach „Pflegeheimen“: ***sowie in der ambulanten und häuslichen Pflege.***

Begründung:

Ca.70 % der zu Pflegenden wird ambulant, und somit im häuslichen Bereich, versorgt. Dies ist eine große Herausforderung für die Pflegekräfte und im Besonderen der pflegenden Angehörigen.

Es geht um eine fachliche Ausbildung in hoher Qualität, einschließlich, einer am tatsächlichen Bedarf orientierter Personalausstattung.

Beispielhaft sei hier die Personalausstattung für die häusliche Intensivpflege genannt.

Auch dieser Aspekt sollte nachhaltig in die politische Arbeit des Landesverbandes eingebracht werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.3. Änderungsantrag**Einreicher: Klaus Bartl, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ersetze in Zeilen 44 bis 49

Alt:

„3. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt – Sicherheitspolitik von links gedacht
Eine linke Sicherheitspolitik ist präventiv, an der Notwendigkeit ausgerichtet, dem Schutz von
Leben und Eigentum verpflichtet und prüft die Verhältnismäßigkeit. Wir verdächtigen nicht
ohne Grund und wir wollen die Rolle ehrenamtlicher HelferInnen stärken. Dafür brauchen wir
keinen Verfassungsschutz oder einen Staat, der seine BürgerInnen unter Generalverdacht
stellt.“

Neu:

*3. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt – Sicherheitspolitik von links gedacht
Linke Sicherheitspolitik ist präventiv, an der Notwendigkeit ausgerichtet, die körperliche
Unversehrtheit, die Persönlichkeit und die Grund- und Bürgerrechte jedes einzelnen Menschen
zu schützen. Sie gründet nicht auf Repression, Misstrauen gegenüber den BürgerInnen und
immer neuen Verschärfungen von Sicherheitsgesetzen, sondern wahrt die Verhältnismäßigkeit.
Auch setzt sie bei der Zurückdrängung rechtsradikaler und anderer menschenverachtender
Tendenzen auf zivilgesellschaftliches Engagement, statt auf einen unkontrollierbaren
Geheimdienst.*

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.4. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 26-33

„1. Wir setzen... schaffen“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.5. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 44-49

„3. Wir stellen... stellt“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.6. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 79-86

„7. Die Digitalisierung ... werden“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend..

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.7. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 88-96

„8. Wir haben... Hand“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.8. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 116-124

„11. Wir stehen... Jugendlichen“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.9. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 126-130

„12. Wir setzen ... Sachsen“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.10. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Streiche Zeile 141-146

„14. Wir wollen... werden“ ersatzlos. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

Begründung:

Die These gehört nicht zu den in der Mitgliederbefragung acht bestpräferierten Thesen und ist deshalb als Schwerpunkt zu streichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.11. Änderungsantrag**Einreicher: Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ändere die Reihenfolge der Thesen und deren Nummerierung entsprechend der Reihenfolge der durch die Abstimmungskommission am 1. Dezember 2018 bekannt gegebenen Ergebnisreihenfolge der Mitgliederbefragung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019****ÄC.1.12. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen folgende Änderung vorzunehmen:

Streichung in der **Zeile 156** des Wortes "Integration" und **Ersetzung** durch "*Inklusion*".

Begründung:

Integration und Inklusion bezeichnen zwei grundlegend verschiedene sozialpolitische Konzepte und stehen für unterschiedliche Sichtweisen auf die Gesellschaft. Während Integration von mindestens zwei verschiedenen Gruppen ausgeht - einer recht homogenen Mehrheitsgruppe, der sich eine "Außengruppe" unterordnen soll - beschreibt Inklusion einen Gegenentwurf.

Das Konzept von Inklusion betrachtet alle Menschen als gleichberechtigte Individuen, die von vornherein und unabhängig von persönlichen Merkmalen oder Voraussetzungen Teil von Gesellschaft sind. Damit das gelingen kann, muss eine Gesellschaft Rahmenbedingungen schaffen, die flexibel genug sind, um die Teilhabe eines/einer jeden Einzelnen zu ermöglichen.

Die Forderung nach Inklusion ist eine, die wir schon lange und in vielen Bereichen haben und hinter der wir besonders im Zusammenhang mit Geflüchteten oder Eingewanderten nicht zurückfallen dürfen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.2. Solidarität. Hier, in Europa!****ÄC.2.1. Änderungsantrag**Einreicher: Torsten Steidten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 287 wird folgender Text **eingefügt**:

"Wir treten für gute Arbeit in allen EU-Ländern ein

Zur Solidarität in Europa gehört für uns auch, dass es für alle Länder verbindliche Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen gibt und dass Regelungen gelten, die verhindern, dass Regelungen wie die Niederlassungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit missbraucht werden.

Wir fordern, dass Firmen, die in anderen Ländern tätig werden, sich an das im jeweiligen Gastland geltende Arbeitsrecht halten und geltende Mindestlohnregelungen respektieren müssen.

Wir treten für einen europäischen Mindestlohn als Untergrenze für nationale Regelungen ein. Atypische Beschäftigung muss in allen Ländern eingegrenzt werden. Darüber hinaus fordern wir eine deutliche Stärkung der europäischen Betriebsräte einschließlich Mitbestimmungsrechte.

Begründung:

Zahlreiche Beispiele machen deutlich, dass auch auf diesem Feld Mindeststandards notwendig sind.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.2. Solidarität. Hier, in Europa!****ÄC.2.2. Änderungsantrag**

Einreicher: Enrico Stange

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen

Zeile 264 bis 268

Ersetze in Punkt „10. Wir treten dafür ein, dass unsere Daten sicher sind“

Alt:

„Wir haben zugleich Misstrauen gegenüber neuen Datenbanken, die Datensysteme mit vielen Millionen Daten auf europäischer Ebene zusammenführen und damit anfällig sind für Fehlentscheidungen.“

Neu:

„Wir haben Misstrauen gegen die durch die Europäische Kommission initiierten europäischen und bis in die regionalen Polizeidatenbanken (in Sachsen: IVO, PASS) verknüpften Großdatensysteme (euLISA) im Bereich der Sicherheitsbehörden, die personenbezogene Daten für Polizei- und Grenzschutzbeamte über ein Einheitliches Europäisches Suchportal abrufbar machen sollen. Diese zunächst gegen sogenannte Drittstaatenangehörige gerichteten Datensammlungen könnten später durchaus auf Angehörige der Mitgliedstaaten erweitert werden. Die Daten bleiben in den Systemen gespeichert, unabhängig davon, ob sie in den Ursprungsdateien bereits aufgrund gerichtlicher Entscheidungen oder anderweitiger Erkenntnisse gelöscht werden mussten. So wird dieses System anfällig für Fehlentscheidungen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.2. Solidarität. Hier, in Europa!****ÄC.2.3. Änderungsantrag**Einreicher: Enrico Stange

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen

Ersetze in Zeilen 197 und 198

Alt

„Als einen sinnvollen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Stärkung des Ausschusses der Regionen als wichtiges Vertretungsgremium der Kommunen.“

Neu

*„Als einen sinnvollen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Stärkung des Ausschusses der Regionen als wichtigstes Vertretungsgremium der Regionen und Kommunen. Dafür müssen im Rahmen des Mehrebenen-Regierungssystems der EU die Regionen (Freistaat Sachsen) nicht nur über die Subsidiaritätsprüfung hinausgehende Initiativ-, Kontroll- und Beteiligungsrechte erhalten, sondern diese auch für die Kommunen ausgebaut werden. Zugleich müssen die Regionen in den gesamten Gesetzgebungszyklus der EU einbezogen werden, um die berechtigten Interessen der europäischen Regionen und ihrer Bürger*innen bereits frühzeitig einzubringen.“*

Begründung: Im Ergebnis der Task Force zur Überprüfung der Subsidiaritätsfragen waren sich viele Kommunen und Regionen einig in diesem Ansinnen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.1. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: LAG Migrationspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze Zeile 515 bis 522:

„In allen Städten und Landkreisen werden Geflüchtete weiterhin in Massenunterkünften untergebracht.

*Nur zirka 50 % der Geflüchteten in Sachsen wohnen dezentral. Zahlreiche Wohnungen wurden in den letzten Monaten sogar zugunsten des Weiterbetriebs von Sammelunterkünften abgemietet. Insbesondere in Dresden und Leipzig wohnen Geflüchtete auch nach der Anerkennung ihres Asylantrags weiter in den Unterkünften. Ziel muss es sein, dass auch Geflüchtete während und nach ihrem Asylverfahren so schnell wie möglich in ihren eigenen Wohnungen leben können, denn dies ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben, und es ist ein Menschenrecht! Vermittlungsstellen von Wohnungen und Wohnungspat*innen wie z.B. die Leipziger „Kontaktstelle Wohnen“ brauchen mehr Unterstützung. Essentiell ist die Betreuung und Unterstützung von dezentral wohnenden Geflüchteten durch eine ausreichende Zahl von Sozialarbeiter*innen. Ziel ist ein Personalschlüssel von 1:50 wie er in der Stadt Leipzig angewendet wird.*

*Es braucht zudem wirksame Strategien gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und eine interkulturelle Öffnung von Vermieter*innen, egal ob staatlich, privat oder genossenschaftlich. Eine "rein deutsche" Mieter*innenschaft darf kein Ziel und kein Wettbewerbsvorteil sein.*

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.2. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Juliane Nagel, Delegierte SV Leipzig

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügen in Zeile 551 nach „werden.“

Wir unterstützen Modellprojekte des „housing first“ in den sächsischen Kommunen.

„Housing first“ als Ansatz der US-amerikanischen Sozialpolitik ist ein Gegenkonzept zum sogenannten Stufenmodell (Notunterbringung – Übergangswohnung – Wohnung inklusive Therapieerfolge und Erfüllung von Auflagen). Nach dem „housing first“-Ansatz müssen sich Menschen, die auf der Straße leben oder besondere Problemlagen aufweisen (Drogenabhängigkeit, psychische Erkrankungen, Straffällig gewordene) nicht zuerst „qualifizieren“ und verschiedene Notunterbringungsstationen durchlaufen, sondern bekommen sofort eine Wohnung und eine adäquate soziale Betreuung zur Seite gestellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.3. Änderungsantrag**Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänze ab Zeile 61

„Eine aktuelle Studie bestätigt dies und zeigt auf, dass die soziale Spaltung in Chemnitz und Leipzig überdurchschnittlich hoch ist und insbesondere in Leipzig in den letzten Jahren stark zugenommen hat.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

¹ Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf>, S. 28-32.

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.4. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänze ab Zeile 65

„Zudem rücken die Wohnungsbestände in Dresden und Leipzig immer stärker in den Fokus von Finanzanlegern, deren einziges Ziel es ist, maximale Rendite mit der Miete zu erwirtschaften. So besitzt der größte deutsche Wohnungskonzern Vonovia SE in Dresden mehr als 38.000 Wohnungen und in Leipzig mehr als 9.000 Wohnungen.¹ Diese Konzerne werden zu einem der stärksten Preistreiber in den Städten. Doch auch kleinere Städte werden künftig verstärkt das Ziel von Investoren sein: eine kürzlich veröffentlichte Studie verspricht Investoren hohe Renditen in ostdeutschen Mittelstädten und bescheinigt beispielsweise Görlitz, Freiberg und Döbeln überdurchschnittlich hohe Renditeerwartungen.“²

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

¹ Portfoliostruktur. Vonovia, <http://reports.vonovia.de/2017/geschaeftsbericht/lagebericht/grundlagen-des-konzerns/portfoliostruktur.html>, 27.11.2018.

² Wohnungsmarktbericht Ostdeutschland 2018. TAG Immobilien AG, https://www.tag-ag.com/fileadmin/content/Wohnungsmarktbericht/2018_10_17_TAG_Wohnungsmarktbericht_Ostdeutschland_2018_DE_ES_FINAL_web.pdf, 27.11.2018.

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.5. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänze ab Zeile 79

„Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass allein in den drei sächsischen Großstädten mehr als 100.000 bezahlbare Wohnungen fehlen, davon jeweils mehr als 46.000 in Dresden und Leipzig sowie mehr als 12.000 in Chemnitz.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

¹ Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten?. Holm et. al., Hans-Böckler-Stiftung Working Paper No.063, April 2018, S. 137-141.

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.6. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze ab Zeile 145

Alt

„In anderen Bundesländern übliche wohnungspolitische Maßnahmen wie etwa die Mietpreisbremse, die Zweckentfremdungsverbotsverordnung oder die Ausweisung von Milieuschutzgebieten finden in Sachsen gar keine Anwendung.“

Neu

„In anderen Bundesländern übliche wohnungspolitische Maßnahmen wie etwa die Mietpreisbremse oder die Zweckentfremdungsverbotsverordnung finden in Sachsen gar keine Anwendung. Die Stadt Leipzig plant nun als erste Stadt in Sachsen mehrere Milieuschutzgebiete auszuweisen“.

Begründung:

Diese Aktualisierung ergibt sich, da der Leipziger Stadtrat in seiner Sitzung im Oktober beschloss, Voruntersuchungen für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten durchzuführen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.7. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze ab Zeile 226

Alt

„Trotzdem gilt sie bislang nur in Dresden. Sie sollte künftig auch in Leipzig und anderen Kommunen angewendet werden.“

Neu

„Trotzdem gilt sie bislang nur in Dresden und Leipzig. Sie sollte künftig auch in anderen Kommunen angewendet werden.“

Begründung:

Diese Aktualisierung ergibt sich, da die Stadtverwaltung Leipzig im August 2017 aufgrund eines Stadtratsbeschlusses bei der sächsischen Staatsregierung beantragt hatte, die entsprechende Absenkung der Kappungsgrenze per Rechtsverordnung zu veranlassen. Die geänderte Kappungsgrenzenverordnung des Freistaates ist am 18. Februar 2018 in Kraft getreten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages

C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen

ÄC.3.8. Änderungsantrag

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze ab Zeile 246

Alt

„Bislang ist dies noch nirgends der Fall“

Neu

„Bislang ist dies noch nirgends der Fall, wenngleich in Leipzig aktuell Voruntersuchungen zur Ausweisung von Milieuschutzgebieten durchgeführt werden und die Ausweisung für das Jahr 2019 geplant ist.“

Begründung:

Diese Aktualisierung ergibt sich, da der Leipziger Stadtrat in seiner Sitzung im Oktober beschloss, Voruntersuchungen für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten durchzuführen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.9. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänze ab Zeile 254*„Diese Forderung hat inzwischen auch der Leipziger Stadtrat an die Staatsregierung gestellt.“*Begründung:

Diese Änderung ergibt sich, da der Leipziger Stadtrat am 20.06. beschloss, den Oberbürgermeister zu beauftragen, sich bei der Staatsregierung für eine Zweckentfremdungsverbotsverordnung einzusetzen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.10. Änderungsantrag**Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze in den Zeilen 136, 224, 297, 533

Alt

„Landesregierung“

durch

Neu

„Staatsregierung“

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen****ÄC.3.11. Änderungsantrag**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze in den Zeilen 577 bis 579

Alt

„Im Jahr 2009 waren in Sachsen mehr als 131.000 Menschen pflegebedürftig, 67 Prozent von ihnen wurden zu Hause gepflegt. Daraus ergibt sich zum Stand 2009 ein Bedarf an pflegegeeignetem, zu einem Großteil barrierefreiem Wohnraum von ca. 88.000 Wohnungen.“

Neu

„Im Jahr 2015 waren in Sachsen mehr als 166.000 Menschen pflegebedürftig, 70,5 Prozent von ihnen wurden zu Hause gepflegt. Daraus ergibt sich zum Stand 2015 ein Bedarf an pflegegeeignetem, zu einem Großteil barrierefreiem Wohnraum von ca. 117.000 Wohnungen. Der in Kürze zu veröffentlichende Abschlussbericht der Enquetekommission des Sächsischen Landtags zur Zukunft der Pflege im Freistaat Sachsen und das Minderheitenvotum unserer Fraktion dazu wird ein aktuelles Bild der Lage geben.“¹

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

¹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Statistischer Bericht K VIII 2 - 2j/15: Soziale Pflegeversicherung im Freistaat Sachsen - Leistungsempfänger und Pflegegeldempfänger 2015; Kamenz 2017

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****F. Parteiinterna an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren****ÄF.1.1. Änderungsantrag - Eigenständige Offenlegung aller Nebeneinkünfte**

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen, in der Anlage 1 zum Antrag F.1 folgende Änderung vorzunehmen:

Am Ende des Abschnittes "Der/die MandatsträgerIn" wird folgender Punkt in der Vereinbarung *ergänzt*:

- wird sämtliche Nebeneinkünfte in exakter Höhe transparent und gut einsehbar auf der eigenen Website veröffentlichen

Begründung:

Zwar müssen die MandatsträgerInnen ihre Nebeneinkünfte dem Landtagspräsidenten anzeigen, der sie dann anschließend auf der Website des sächsischen Landtags veröffentlicht, jedoch ist diese Praxis noch immer ziemlich intransparent - Nicht zuletzt, da in diesem Zusammenhang die Summen nur in 'Stufen' (z. B. Stufe 1 welche einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte in einer Größenordnung von 1 000 bis 3 500 Euro, die Stufe 2 Einkünfte bis 7 000 Euro, [usw.] die Stufe 6 Einkünfte bis 75 000 Euro und die Stufe 10 Einkünfte über 250 000 Euro erfasst) aufgeführt werden.

Wir erwarten von unseren Abgeordneten, die durch ihre Diäten, die sie für die Ausübung einer Vollzeit-Abgeordnetentätigkeit bekommen und die - unter uns gesagt - nicht die Gefahr erkennen lassen, sie müssten am Hungertuch nagen, dass sie von sich aus für ihre Nebentätigkeiten gerade stehen und in aller Ausführlichkeit (also Einkommensart und genaue Höhe) auf ihrer Website dazu Informationen veröffentlichen. Außerdem würde dies auch Einkünfte unter 1000 € im Monat berücksichtigen, die derzeit nicht dem Landtagspräsidenten mitgeteilt werden müssen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****F. Parteiinterna an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren****ÄF.1.2. Änderungsantrag - Transparenz über alle Spenden**

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen, in der Anlage 1 zum Antrag F.1 folgende Änderung vorzunehmen:

Im Abschnitt "Der/die MandatsträgerIn" wird im vorletzten Punkt **hinter "informieren."** folgender Satz **ergänzt**:

- Auch alle sonstigen Spenden werden in einer Übersicht fortlaufend öffentlich dokumentiert.

Begründung:

Zum Transparenzanspruch gehört auch die Offenlegung von Mitgliedschaften, wiederkehrenden und einmaligen Spenden der Abgeordneten aus der Diät an Vereine, Institutionen, Initiativen usw. Dies ermöglicht eine Übersicht darüber, von welchen MandatsträgerInnen wie viele Mittel an welche Vereine, Initiativen, Gruppen etc. geht und ermöglicht erst einen wirklichen Austausch über Sinn und Unsinn des Einsatzes der finanziellen Mittel, die unseren Abgeordneten zur Verfügung stehen. Diesen Austausch über Sinn und Unsinn halten wir durchaus für angebracht, da wir nicht der Auffassung sind, dass nur weil der/die Abgeordnete die Diät aufs private Konto überwiesen bekommen, die Mittel auch komplett der Privatsphäre zuzurechnen sein sollten. Es sind politische - und letztlich Steuergelder, die der oder die MandatsträgerIn bekommt, weil er oder sie für unsere Partei im sächsischen Landtag sitzt.

Dass das was wir hier fordern kein Wahnwitz ist, beweisen bspw. diese vorbildhaften Spendenaufstellung einiger weniger MandatsträgerInnen: z.B. gleft.de/2Ab

So und nicht anders wünschen wir uns das.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****F. Parteiintern an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren****ÄF.1.3. Änderungsantrag - Transparenz über alle Spenden**

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend [solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen, in der Anlage 1 zum Antrag F.1 folgende Änderung vorzunehmen:

Am **Ende des Abschnittes** "Der/die MandatsträgerIn" werden folgende **zwei weitere Punkte** in der Vereinbarung **ergänzt**:

- *wird sich in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern, statt vom Pensionsmodell des Landtages zur Rentenvorsorge Gebrauch zu machen*
- *wird sich in der gesetzlichen Krankenkasse und nicht privat versichern*

Begründung:

Die Abgeordneten erhalten nach Einzug in das Parlament die Wahlmöglichkeit, sich über ein Pensionsmodell oder über die gesetzliche Rentenversicherung fürs Alter zu versichern. In beiden Fällen erhalten sie entsprechende Zahlungen. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist das der Höchstbetrag nach gesetzlicher Beitragsbemessungsgrenze (Arbeitnehmeranteil + Arbeitgeberanteil, in Summe derzeit 1209,00 € monatlich)

Da wir wollen, dass alle Einkommensgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um diese zu stärken, fordern wir, dass auch von unseren Abgeordneten. Andernfalls würden auch unsere Abgeordneten dafür sorgen, dass die Ungerechtigkeit, dass sich einkommensstarke Menschen unter sich versichern und damit weniger für die große Masse im Rententopf übrigbleibt, weiter besteht.

Der Einzahlung des Höchstbetrags der gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht den Abgeordneten trotzdem eine sehr hohe und auskömmliche Altersvorsorge im Vergleich zu den meisten ArbeitnehmerInnen, bei wenigen Legislaturen-Zugehörigkeiten wohl sogar mehr als im Pensionsmodell.

Die Abgeordneten erhalten außerdem nach Einzug in das Parlament die Wahlmöglichkeit, sich privat oder gesetzlich krankensichern zu lassen. Wir wollen, dass alle Menschen in eine gesetzliche Kasse einzahlen und nicht die Besserverdienenden Sonderprivilegien im Gesundheitssystem erhalten. Dass sich auch unsere Abgeordneten für eine gesetzliche Krankenkasse entscheiden und diese stärken, sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****F. Parteinterne an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren****ÄF.1.4. Änderungsantrag - Führung eines öffentlichen Lobbyist_innenkalenders**

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen, in der Anlage 1 zum Antrag F.1 folgende Änderung vorzunehmen:

Am Ende des Abschnittes "Der/die MandatsträgerIn" wird folgender Punkt in der Vereinbarung **ergänzt**:

- *wird auf der eigenen Website einen aktuellen Kalender bzw. eine Auflistung führen, in dem/der alle vergangenen und geplanten Treffen mit Lobbygruppen innerhalb der Legislaturperiode vermerkt sind*

Begründung:

DIE LINKE. und ihre Abgeordneten sind nicht käuflich. Das wissen alle und das soll auch so bleiben - Erneut ist 'Transparenz' das Stichwort. Wer sich mit Abgeordneten der LINKEN trifft, sollte kein Problem damit haben, diese Information auf der Website der/des Abgeordneten zu veröffentlichen und die Abgeordneten ebenso wenig. Es ist legitim, sich mit bestimmten Gruppen zu treffen, um z. B. konkrete Informationen zu einem politischen Sachverhalt zu erlangen - oft mit Sicherheit sogar hilfreich. Doch nur die Informationsmöglichkeit darüber, mit wem sich der/die Abgeordnete trifft, ermöglicht es bspw. BürgerInnen, konkrete Anliegen mit auf den Weg zu geben, von Problemen zu berichten oder Details zu erfragen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Kommunalwahl 2019

Anpacken.

Mitmachen.

Kandidieren!



Dieses Arbeitsheft gehört:



www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeber: Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer
Satz: Robert Wünsche
ÄA-Antragsschluss: 01.12.2018
Redaktionsschluss: 04.12.2018